

Pressemitteilung



Deutscher Ärztetag setzt sich für ein Verbot von Alkoholwerbung ein

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Düsseldorf, 30.05.2014 – Die Delegierten des 117. Deutschen Ärztetages haben die Regierung aufgefordert, wesentliche Einschränkungen oder ein komplettes Verbot von Werbung für alkoholische Getränke durchzusetzen. Alkoholmissbrauch und Alkoholabhängigkeit sowie deren Folgen seien in Deutschland ein erhebliches Problem, so dass es analog zum Verbot von Tabakwerbung sinnvoll sei, einen ersten Schritt zur Einschränkung des Alkoholkonsums in Deutschland zu machen. Durch ein Werbeverbot könne darauf hingewiesen werden, dass vom Alkoholmissbrauch erhebliche Gefahren für Jugendliche, aber auch viele Erwachsene ausgehen.

Ebenfalls sprach sich der Ärztetag dafür aus, das Jugendschutzgesetz um ein Verbot der Abgabe und Nutzung von elektrischen Zigaretten an bzw. durch Minderjährige zu ergänzen. Die Delegierten machten darauf aufmerksam, dass es zunehmend Hinweise darauf gäbe, dass die E-Zigarette nicht unbedingt statt tabakhaltiger Produkte konsumiert werde, sondern zusätzlich zu tabakhaltigen Zigaretten. Das Suchtverhalten würde damit stabilisiert, was insbesondere im Jugendalter nicht ungefährlich sei und zu negativen Langzeitsuchtbiografien führe.

Klare Ansagen gab es auch in Richtung Bundesgesundheitsministerium und Gesundheitsministerkonferenz: Die bereits auf dem letztjährigen Ärztetag in Hannover geforderte Änderung der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung solle möglichst rasch durchgeführt werden. Die Versorgung der Patienten sei durch die unsichere

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

Rechtslage in der Substitution akut gefährdet, heißt es in der Begründung.

Besorgt zeigten sich die Delegierten auch hinsichtlich der steigenden Anzahl des schädlichen Gebrauchs von Medikamenten. Daher wurden die Verantwortlichen zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert, um diesem Trend entgegenzuwirken. So sei unter anderem eine intensive und objektive Aufklärung der Bevölkerung über Risiken einer längerfristigen Einnahme von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential erforderlich. Publikumswerbung für nicht-rezeptpflichtige Medikamente gegen Schlaflosigkeit müsse generell verboten sein. Wichtig sei darüber hinaus auch die angemessene Ausstattung und Vergütung des Suchtbehandlungs- und -hilfesystems zur Beratung und Behandlung Medikamentenabhängiger.

Die Zunahme chronischer Erkrankungen und psychischer Belastungen, die immer weniger über das soziale Umfeld aufgefangen werden können und zunehmende Anforderungen an die Funktionsfähigkeit des Einzelnen im Alltag hätten in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Ärzte in ihrer Praxis zunehmend mit den daraus resultierenden Symptomen sowie dem Wunsch nach deren schneller Beseitigung konfrontiert würden. Viele Medikamente, wie z.B. Beruhigungsmittel oder Schmerzmittel, seien äußerst wirksam und hilfreich für die akute Behandlung von Beschwerden. Im Kontext psychosozialer Probleme könne es jedoch zu nicht leitliniengerechten, lang andauernden Verordnungen kommen, die in Abhängigkeitserkrankungen münden könnten.